

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen (15. Ausschuss)

**zu dem Antrag der Abgeordneten Wolfgang Börnsen (Bönstrup), Eduard Lintner, Dirk Fischer (Hamburg), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU
– Drucksache 14/659 –**

Nationale Verkehrssicherheitskampagne – Sonderprogramm für junge Autofahrerinnen und Autofahrer zur Verhinderung von alkohol- und drogenbedingten Verkehrsunfällen

A. Problem

Die Antragsteller streben mit ihrem Antrag unter anderem an, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, das Sonderprogramm für junge Autofahrerinnen und Autofahrer „Darauf fahr ich ab ... Nur nüchtern am Steuer“ zu verlängern, es bundesweit auszudehnen und die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen sowie begleitend zur bundesweiten Durchführung des Sonderprogramms Gutachten einzuholen, die die durch das Sonderprogramm und die Pilotmaßnahmen erzielten Resultate dokumentieren und auf weitere, zielgruppenorientierte Handlungsmöglichkeiten hinweisen sollen. Weiterhin soll er die Bundesregierung nach dem Antrag bitten, bereits Ende 1999 einen ersten Zwischenbericht vorzulegen, der die Entwicklung der nationalen Verkehrssicherheitskampagne darlegen und etwaigen weitergehenden Handlungsbedarf aufzeigen soll.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P.

C. Alternativen

Annahme des Antrags.

D. Kosten

Wurden im Ausschuss nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,
den Antrag auf Drucksache 14/659 abzulehnen.

Berlin, den 4. Juli 2001

Der Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen

Eduard Oswald
Vorsitzender

Rita Streb-Hesse
Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Rita Streb-Hesse

I. Überweisung

Der Deutsche Bundestag hat die Vorlage auf Drucksache 14/659 in seiner 47. Sitzung am 24. Juni 1999 an den Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend und den Ausschuss für Gesundheit zur Mitberatung überwiesen.

II. Wesentlicher Inhalt der Vorlage

Die Antragsteller streben mit ihrem Antrag unter anderem an, dass der Deutsche Bundestag die Bundesregierung auffordert, das Sonderprogramm für junge Autofahrerinnen und Autofahrer „Darauf fahr ich ab ... Nur nüchtern am Steuer“ zu verlängern, es bundesweit auszudehnen und die erforderlichen Haushaltsmittel bereitzustellen sowie begleitend zur bundesweiten Durchführung des Sonderprogramms Gutachten einzuholen, die die durch das Sonderprogramm und die Pilotmaßnahmen erzielten Resultate dokumentieren und auf weitere, zielgruppenorientierte Handlungsmöglichkeiten hinweisen sollen. Weiterhin soll er die Bundesregierung nach dem Antrag bitten, bereits Ende 1999 einen ersten Zwischenbericht vorzulegen, der die Entwicklung der nationalen Verkehrssicherheitskampagne darlegen und etwaigen weitergehenden Handlungsbedarf aufzeigen soll.

III. Stellungnahmen der mitberatenden Ausschüsse

Der **Innenausschuss** hat die Vorlage in seiner Sitzung am 29. September 1999 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrags. Der **Ausschuss für Familie, Senioren, Frauen und Jugend** hat die Vorlage in seiner 19. Sitzung am 3. November 1999 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU und F.D.P. bei Stimmenthaltung der Fraktion der PDS die Ablehnung des Antrags. Der **Ausschuss für Gesundheit** hat die Vorlage in seiner 37. Sitzung am 10. November 1999 beraten und empfiehlt mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU/CSU, F.D.P. und PDS die Ablehnung des Antrags.

IV. Beratungsverlauf und Beratungsergebnisse im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen** hat die Vorlage in seiner 21. Sitzung am 10. November 1999

und abschließend in seiner 63. Sitzung am 4. Juli 2001 beraten.

Er hat den Antrag mit den Stimmen der Fraktionen SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und PDS gegen die Stimmen der Fraktion der CDU/CSU bei Stimmenthaltung der Fraktion der F.D.P. abgelehnt.

Die **Fraktion der SPD** führte aus, der Antrag nenne nur eine Anschubfinanzierung von 4 Mio. DM. In Wirklichkeit koste eine solche bundesweite Kampagne 70 Mio. DM bei einer Verfügbarkeit von 22 Mio. DM in dem entsprechenden Haushaltsansatz. Eine zeitliche Verlängerung und bundesweite Ausdehnung dieser Kampagne widerspreche zudem deren Intention und Anlage. Bei den jungen Fahrern stehe auch zunehmend das Problem von Geschwindigkeitsüberschreitungen im Vordergrund. Beim Bundesministerium für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen gebe es ein Verkehrssicherheitsprogramm, mit dem der gute Ansatz der Verkehrssicherheitskampagne fortgeführt werde.

Die **Fraktion der CDU/CSU** bedauerte, dass die Verkehrssicherheitskampagne „Darauf fahr ich ab ... Nur nüchtern am Steuer“ nicht fortgeführt werde und es auch kein neues Projekt gebe. In den Kreisen, in denen der Modellversuch durchgeführt worden sei, sei die Zahl der Unfälle zurückgegangen und eine vergleichbare Kampagne in Dänemark habe große Erfolge erzielt. Die Einwände im Hinblick auf die Kosten der Kampagne seien nicht stichhaltig, da es um die Rettung von Menschenleben gehe.

Die **Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN** unterstrich, in der Zielsetzung gebe es keine Meinungsverschiedenheit. Die Bundesregierung habe sich entschlossen, die Verkehrssicherheitskampagne fortzusetzen und damit in 15 bis 20 weitere Regionen zu gehen. Anschließend sollten die Regionen dann diese Kampagne mit eigener Kofinanzierung problem- und ortsnah weiterführen. Nicht realistisch sei aber eine mit Bundesmitteln finanzierte flächendeckende bundesweite Kampagne, wie sie der Antrag der Fraktion der CDU/CSU fordere, denn diese würde einen zweistelligen Millionenbetrag kosten.

Die **Fraktion der F.D.P.** kritisierte, die 22 Mio. DM die im Haushalt für Verkehrssicherheitsprogramme zur Verfügung stünden, würden von der Bundesregierung nicht zielgerichtet eingesetzt, sondern breit verteilt. Man könne aber auch nicht die Mittel nur für einen speziellen Bereich einsetzen, was Folge des Antrags der Fraktion der CDU/CSU sein würde.

Die **Fraktion der PDS** kritisierte, dass der Antrag nur einen speziellen Bereich aufgreife. Man habe Zweifel, ob der finanzielle Aufwand für die von der Fraktion der CDU/CSU geforderte Verkehrssicherheitskampagne in einem angemessenen Verhältnis zu den gesamten verfügbaren Haushaltsmitteln für Verkehrssicherheitsprogramme stünden.

Berlin, den 4. Juli 2001

Rita Streb-Hesse
Berichterstatlerin

